

Factsheet

Zur Greenpeace-Analyse “Verraten und Verkauft”

**Naturzerstörung durch Greenwashing, unter dem Deckmantel
der Nachhaltigkeit**

Die Biodiversität geht weltweit so rasant zurück, dass WissenschaftlerInnen mittlerweile von einem sechsten Massensterben sprechen. Zwar ist die Biodiversitätskrise im Vergleich zur Klimakrise deutlich weniger bekannt, aber ebenso alarmierend. Ein Viertel der Landfläche der Erde ist degradiert und kann nicht mehr oder nur noch sehr schlecht genutzt werden. Von den heute bekannten acht Millionen Tier- und Pflanzenarten ist bereits eine Million vom Aussterben bedroht. 68 Prozent der Säugetiere, Vögel, Fische, Amphibien und Reptilien sind weltweit bereits verschwunden. Trotz Gesetzen, internationaler Abkommen und Programmen schreitet die Zerstörung weiter voran. Kein einziges der 20 "Aichi-Ziele"¹ zum Schutz der Biodiversität bis 2020, auf die sich die CBD-Vertragsstaaten 2010 im japanischen Nagoya geeinigt hatten, wurde erfüllt. Der bisherige Weg, Biodiversität zu schützen, ist gescheitert.

Freiwillige Konzern-Initiativen sind gescheitert

Bisherige Maßnahmen beruhen großteils auf freiwilligen Marktmechanismen wie Zertifizierungen, Offsets und Naturschutz in anderen Teilen des Planeten, die ein zerstörerisches Wirtschaftssystem kompensieren sollen. Anstatt weltweit konsequente, gesetzliche Regelungen festzusetzen, hat sich die Politik auf die Versprechen von Unternehmen verlassen: Multinationale Konzerne wie etwa Unilever, Nestlé, Coca Cola, Shell oder Mondelez, die mit der Herstellung ihrer Waren Raubbau an der Natur betreiben und die Artenvielfalt bedrohen, haben sich freiwillig verpflichtet, umweltfreundlicher zu produzieren. Mit diesen unverbindlichen Mechanismen wurde Ambition vorgetäuscht, ohne jedoch etwas am tatsächlichen Problem zu lösen. Im Gegenteil, die Unternehmen setzen den Raubbau fort, hängen sich ein grünes Mäntelchen um und verschleiern so, wie stark sie die Natur zerstören. Die politische und gesellschaftliche Legitimation bekommen die multinationalen Konzerne, indem sie Partnerschaften mit global agierenden Naturschutzorganisationen eingehen. Das Resultat: gemeinsame Zertifizierungssysteme und Umweltprogramme mit schwachen Standards und laxen Kontrollen - oftmals zusätzlich beeinträchtigt durch finanzielle Abhängigkeiten und personelle Verflechtungen. Dadurch wurde erfolgreich suggeriert, dass unser auf Naturzerstörung basierendes Wirtschaftssystem einfach fortgeführt werden könnte - es brauche nur ein grünes Feigenblatt.

Während in Europa die Umweltstandards stiegen, begannen Unternehmen, den Anbau von Rohstoffen, die Produktion von Gütern und die Ausbeutung von Arbeitskräften in andere Länder auszulagern, meist in den globalen Süden. Damit lagerten sie auch die Verschmutzung

¹ Nagoya liegt in der Präfektur Aichi

und Zerstörung von Ökosystemen aus: Wer genug Geld, Macht und Einfluss hat, kann sich das Recht auf Dreck oder Zerstörung kaufen, und ist nicht gezwungen, an den zerstörerischen Praktiken etwas zu ändern.

Anhand von drei Beispielen zeigt die Analyse auf, wie Maßnahmen, die die Klima- und Biodiversitätskrise hätten aufhalten sollen, dazu geführt haben, Umweltschutz und Menschenrechte noch weiter zu untergraben:

- **Zertifizierungen:** Gütezeichen, die Rohstoffe als nachhaltig kennzeichnen sollten, bedeuten meist nur einen grünen Anstrich, der weitere Naturzerstörung kaschiert: Die Standards sind zu schwach und die Kontrollen meist nicht unabhängig und viel zu lax. Legitimiert werden die Zertifizierungen oft durch die Zusammenarbeit mit Naturschutzorganisationen.
- **Offsets:** Anstatt ihre Wirtschaftsweise zu verändern und Emissionen einzusparen, kaufen sich Konzerne mit Aufforstungsprojekten frei, um so als klimaneutral zu gelten. Diese sind meist ökologisch bedenkliche Monokulturen, gefährden die Artenvielfalt und vereinnahmen schlimmstenfalls die Ländereien lokaler Bevölkerung.
- **Schutzgebiete:** Auch hier wird die Umweltzerstörung an anderer Stelle durch die Einrichtung von - meist sehr unzureichenden - Schutzgebieten legitimiert, die mit Menschenrechtsverletzungen und der Vertreibung von Indigenen und KleinbäuerInnen im Zusammenhang steht.

Globale Wende für einen nachhaltigen Naturschutz

Wir stehen heute vor einer Dreifachkrise: Klima-, Biodiversitäts- und Gesundheitskrise. Die Dringlichkeit, im Klima- und Umweltschutz voranzukommen, ist weitgehend angekommen. Jedoch haben Marktmechanismen wie Offsets und freiwillige Zertifizierungen die Macht zerstörerischer Konzerne zu Lasten von Menschenrechten, Biodiversität und Klima gestärkt, anstatt ihren Einfluss zu schwächen. Multinationale Konzerne lagern ihre Verantwortung in Länder des globalen Südens aus, um nichts an ihrer zerstörerischen Produktionsweise ändern zu müssen. Das Weiterführen unseres Ressourcenhungers und die steigende Ausbeutung von Natur und Menschen werden die Krisen nicht lösen. Es braucht eine globale Wende für nachhaltigen Naturschutz, um die Artenvielfalt auf unserem Planeten zu retten.

Wir stehen jetzt vor **zahlreichen Entscheidungen**, die beeinflussen, wie wir unsere Natur und unser Klima schützen: Ein EU-Gesetz für globalen Waldschutz soll die Zerstörung von Wäldern und Ökosystemen aufhalten und Unternehmen in die Pflicht nehmen. Sollten hier Zertifizierungen als Nachweis für Nachhaltigkeit anerkannt werden, würde das die Kraft des Gesetzes aushöhlen. Der bei der Klimakonferenz in Glasgow verhandelte globale Kohlenstoffmarkt, der mit Kompensationen (Offsets) handelt, muss verhindert werden. Bei der Biodiversitätskonferenz in Kunming werden die Ziele "30/30" - also 30 Prozent des Landes und des Meeres bis 2030 unter Schutz zu stellen verhandelt. Hier muss abgesichert werden, dass die lokale Bevölkerung und indigene Gemeinschaften in den Gesetzgebungsprozess mit eingebunden werden.

Die Politik muss dafür sorgen, dass in den kommenden entscheidenden Jahren auf die **richtigen Maßnahmen** gesetzt wird: Ein EU-Lieferkettengesetz, das eine zivilrechtliche Haftung beinhaltet, und ein EU-Gesetz für globalen Waldschutz müssen Unternehmen entlang ihrer gesamten Lieferkette verpflichten, arbeitsrechtliche Standards und Umweltauflagen einzuhalten. Ein Gesetz für globalen Waldschutz muss verbieten, dass Produkte in Verkehr gebracht werden, für die Wald- und Ökosysteme zerstört wurden. Um unsere Meere zu schützen, muss sich die EU für ein UN-Hochseeschutzabkommen, das Schutzgebiete beinhaltet, die die industrielle Nutzung komplett ausschließen, stark machen. Werden andere Gesetze wie Freihandelsabkommen oder bilaterale Verträge beschlossen, dürfen bestehende Gesetze, wie das für globalen Waldschutz, nicht abgeschwächt werden.

Sowohl auf EU- als auch Mitgliedsländer-Ebene müssen umweltschädliche Subventionen (zB direkte Förderungen von fossilen Brennstoffen, landwirtschaftliche Direktzahlungen bei Koppelung an die Fläche u.a.) abgeschafft werden und öffentliche Mittel in umweltbezogene Maßnahmen fließen, wie zB in die Verkehrswende. Dasselbe gilt für die Landwirtschaft: Gelder der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU müssen in eine kleinteilige, diverse sowie ökologisch und regional organisierte Landwirtschaft fließen. Flächenumwandlungen, sogenannte Versiegelung, brauchen eine verbindliche Höchstgrenze. Maßnahmen nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft "reduce, reuse, repair und recycle" müssen getroffen werden. In internationalen Projekten wie bei der Errichtung von Schutzgebieten muss gewährleistet sein, dass die lokale Bevölkerung ein Mitsprache- und Entscheidungsrecht hat.

Zivilgesellschaft und Umweltorganisationen dürfen sich nicht zu Handlangern von multinationalen Konzernen machen und so das naturzerstörerische System weiter legitimieren.

Zertifizierungen, Offsets und Schutzgebiete: Die Instrumente des gescheiterten Naturschutzes im Detail

1. Kontrollierter Raubbau: Warum Zertifizierungen die Zerstörung von Natur, Ozeanen und Wäldern nicht aufhalten

Sie nennen sich runder Tisch für nachhaltiges Palmöl, Soja oder stehen für nachhaltige Forstwirtschaft und Fischerei: RSPO, RTRS, FSC, MSC und andere. Unternehmen zertifizieren Teile ihre Lieferkette nach einem mit konzernnahen Naturschutzorganisationen wie Conservation International, Solidaridad, World Resources Institute oder WWF gemeinsam definierten Standard, um so vermeintlich die Zerstörung von Ökosystemen aufzuhalten. Dieser Weg ist gescheitert. Zertifizierungssysteme haben oft schwache oder schlecht kontrollierte Standards. Neben der geringen Verbindlichkeit lösen sie auch das Problem der Ressourcennutzung nicht, sondern kurbeln die Produktion und Verwendung von Rohstoffen wie Soja, Palmöl, Fisch und Holzprodukte weiter an. RSPO verbietet seinen Mitgliedern sogar, „Werbeaussagen zu machen, die implizieren, dass Verbannung von Palmöl aus einem Produkt besser für die soziale oder ökologische Nachhaltigkeit ist als die Verwendung von

RSPO-zertifiziertem nachhaltigen Palmöl.“ Indem sie die fortlaufende Übernutzung als “nachhaltig” verkaufen, verschlimmern sie das Artensterben. Dabei stammt ein Drittel des MSC-zertifiziertem Fisches aus überfischten Beständen, der Großteil der MSC-zertifizierten Fischereien verwendet Grundschnepnetze, die den Meeresboden zerstören und viel Beifang produzieren. Wilmar International war zwischen 2015 und 2018 für mehr als 1,4 Millionen Hektar verbrannte Wälder und Flächen sowie für 8000 Feuer-Herde bis 2019 verantwortlich - und wurde dennoch für sein Palmöl zertifiziert. Alle Zertifizierungsorganisationen präsentieren sich selbst als Umweltorganisationen, sind jedoch zu einem Großteil von Lizenzeinnahmen von Konzernen abhängig - ohne Teilnahme der multinationalen Konzerne gäbe es diese Labels nicht. Um im Rohstoffmarkt wirklich etwas ändern zu können, sind ihnen dadurch die Hände gebunden.

2. CO2 versus Regenwald: Warum Marktinstrumente wie Kohlenstoff-Kompensationen und die Konzentration auf „Null Emissionen“ das Klima nicht schützen und Biodiversität gefährden

Die Begriffe „Klimaneutralität“ beziehungsweise „Netto Null Emissionen“ bedeuten nicht, dass gar kein CO₂ mehr ausgestoßen wird, sondern Konzerne kompensieren ihren Ausstoß an anderer Stelle. Das erfolgt zum Beispiel durch Emissionsgutschriften, etwa aus “Klimaschutzprojekten” vor allem im globalen Süden unterstützt oder organisiert von transnationalen Organisationen wie Birdlife International, CARE, The Nature Conservancy, WWF oder der Rainforest Alliance sowie von Kohlenstoffmärkten. So können Konzerne durch erwerbzbare Zertifikate, ihr lukratives Kerngeschäft weiterführen, das inhärent mit der Zerstörung von Naturwäldern und Biodiversität verbunden ist - ohne sich um tatsächliche Lösungen zu bemühen. Der reiche Norden eignet sich Natur und Wälder im globalen Süden an, um sein so profitables wie klimaschädliches Wirtschaften erhalten zu können. Wer genug Geld hat, kann sich das Recht auf Zerstörung kaufen - ein moderner Ablasshandel entsteht. Der Ölkonzern Shell verspricht seinen KundInnen beispielsweise „CO₂-neutrales Tanken“ und will für mehrere hundert Millionen Euro Bäume pflanzen, die CO₂ speichern sollen. Gleichzeitig plant das Unternehmen aber neue Öl- und Gasprojekte.

Eines der größten Projekte zur Aufforstung ist die Bonn Challenge, die 2011 gegründet wurde. 350 Millionen Hektar entwaldete Fläche will die Initiative wieder mit Bäumen bepflanzen. Jedoch zeigt eine Studie², dass beinahe die Hälfte der degradierten Flächen, die die teilnehmenden Länder wieder aufforsten wollen, mit industriellen Monokulturen bepflanzen werden sollen. Auf dem afrikanischen Kontinent sollen bis 2030 auf mindestens zehn Millionen Hektar Grasland und Savannen Bäumen gepflanzt werden - diese sind ein einzigartiges Ökosystem und Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen, das durch Baum - Monokulturen - zerstört wird. Bei einem anderen Projekt in Brasilien können LandbesitzerInnen Renaturierungsgutschriften erwerben, um illegal gerodete Flächen auszugleichen, anstatt sie wiederherzustellen. Damit wird dem grassierenden Verlust von Urwäldern nicht entgegengewirkt, sondern der Verlust der Artenvielfalt befeuert.

3. Grüner Landraub: Wie Indigene und KleinbäuerInnen für Klima- und Naturschutz vertrieben werden

² Londoner University College und der University of Edinburgh, 2019

In den vergangenen rund 150 Jahren wurden weltweit rund 100.000 Nationalparks und Schutzgebiete eingerichtet. Sie bedecken etwa 15 Prozent der gesamten Erdoberfläche. Das 30/30-Ziel der Vereinten Nationen will die doppelte Fläche in nur zehn Jahren erreichen. Die Rechnung wurde nur ohne die lokale Bevölkerung vor Ort gemacht: Denn zu erwarten sind dabei soziale Verwerfungen und Menschenrechtsverletzungen für eine Milliarde Menschen. Obwohl es oft indigene und lokalen Bevölkerungen sind, die die Biodiversität am besten erhalten, werden sie für die Errichtung von Naturparks umgesiedelt - meist auf unfruchtbares Land. Die Armut rund um Naturschutzgebiete entsteht damit nicht trotz sondern aufgrund dieser. Die Menschen werden zwischen dem Interesse des globalen Nordens an billigen Plantagen und intakter Natur, als Kompensation für deren zerstörerisches Wirtschaften, zerrieben. Organisiert werden diese Naturparks von Naturschutzorganisationen des globalen Nordens wie Conservation International, WWF, Wildlife Conservation Society oder Birdlife. Ein Hotspot dafür ist Indonesien: Dort werden 70 Prozent der Wälder und des Agrarlandes von Konzernen kontrolliert, Nationalparks und Wälder, die für Restaurierung vorgesehen sind, bilden fast den ganzen Rest. Demgegenüber stehen etwa 50 Millionen Indigene, die von den Wäldern abhängig sind, und 50 Millionen landlose KleinbäuerInnen, was zu massiven Landkonflikten führt. So machte die Einrichtung des Hutan Harapan Nationalparks auf Sumatra den indigenen Stamm der Batin Sembilan und viele KleinbäuerInnen heimatlos. Dafür soll der Harapan-Wald binnen 30 Jahren zehn bis 15 Milliarden CO₂ speichern - eine weitere Möglichkeit für reiche Nationen, sich freizukaufen und nichts am Raubbau der Natur ändern zu müssen.